

Gerlinde Malli, Susanne Sackl-Sharif

Bewegung oder Stillstand? Gender Studies in der reformierten Universität

„(Wohin) bewegen sich die Gender Studies?“ Diese brisante Frage rahmte die Brückenveranstaltung zwischen der 13. Arbeitstagung der Konferenz der Einrichtungen für Frauen- und Geschlechterstudien im deutschsprachigen Raum (KEG) und der 5. Jahrestagung der Fachgesellschaft Geschlechterstudien (FG), zu der wir als Referentinnen eingeladen wurden.¹ Unter Rückgriff auf diese Frage wollen wir in diesem Beitrag einige jener Teilergebnisse aus dem Forschungsprojekt „Nach Bologna. Gender Studies in der unternehmerischen Hochschule“² ausführen, die wir bei dieser Brückenveranstaltung zur Diskussion gestellt haben. Die empirische Untersuchung, die dem Projekt zugrunde liegt, konzentrierte sich auf die Implementierungsgeschichte und die Inhalte von Gender Studies-Studiengängen im deutschsprachigen Raum³ und konnte Aufschluss darüber gewinnen, welches Wissen (Themen, Fragestellungen, Theorien etc.) Eingang in die neuen Studiengänge gefunden hat, welche Aushandlungsprozesse die Einrichtung der Studiengänge begleiteten, welche Akteur_innen daran beteiligt waren und über welche materiellen, kulturellen, sozialen und/oder symbolischen Ressourcen sie verfügten, um ihren Zielen Nachdruck zu verleihen.

Neben einer Dokumentenanalyse⁴, die uns Auskunft über das in den Studiengängen vermittelte Wissen gab, führten wir an jenen Standorten, an denen Gender Studies als Hauptfach studiert werden können, Expert_innen-Interviews mit an den Studiengängen beteiligten Akteur_innen durch, um Einblick in die Institutionalisierungsgeschichte der Gender Studies-Studiengänge zu bekommen. Zu den befragten Personen zählten beteiligte Wissenschaftler_innen (Professor_innen, Assistent_innen, Lehrende) und Koordinator_innen bzw. Verwalter_innen der Studiengänge. Diese Personen, die wir als Gender Studies-Akteur_innen bezeichnen, besitzen ein fundiertes Wissen über die Vorgeschichte der Studiengänge, beeinflussten die Einrichtung der Studiengänge, z.B. durch Verhandlungsgespräche mit universitären Leitungspersonen, maßgeblich und/oder sind aktuell an Koordination, Lehre und Verwaltung beteiligt. Wir befragten aber auch Akteur_innen auf Fakultäts- und Hochschulleitungsebene, die für die Institutionalisierung der Gender Studies im Allgemeinen und die Einrichtung von Studiengängen im Besonderen eine wichtige Position einnehmen, da Spielräume der institutionellen Arrangements der Studiengänge ganz wesentlich von den Einstellungen, Entscheidungen und Handlungen dieser Akteur_innen bestimmt sind. Zu ihnen zählen wir Dekan_innen, Hochschulrektor_innen, Vizerektor_innen und Vertreter_innen des Universitätsrats, die entweder zum Zeitpunkt der Einrichtung der Studiengänge aktiv waren oder es aktuell noch immer sind.

1 Diese beiden Veranstaltungen fanden vom 12.-14. Februar 2015 an der Universität Bielefeld statt.

2 Das Projekt „Nach Bologna. Gender Studies in der unternehmerischen Hochschule“ wurde in einer Kooperation des Instituts für Soziologie der Universität Graz (Leiterin: Prof. Angelika Wetterer) und des Zentrums für Interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung der TU Berlin (Leiterin: Prof. Sabine Hark) durchgeführt und ist Teil des D-A-CH-Verbundprogramms „Entrepreneurial University und GenderChange: Arbeit – Organisation – Wissen“, das gemeinsam von der DFG, dem FWF und dem SNF gefördert wird. Für nähere Informationen vgl. www.genderchange-academia.eu.

3 Aus forschungspragmatischen Gründen fokussierte das Grazer Projekt während der Erhebung und Auswertung der Daten auf die beiden Länder Österreich und die Schweiz, während sich das Berliner Team auf Deutschland konzentrierte. Der vorliegende Beitrag umfasst jene Ergebnisse, die vom Grazer Team an drei Standorten in Österreich und der Schweiz erhoben wurden.

4 Die Dokumentenanalyse wurde von Elisabeth Zehetner als Vollerhebung für alle Haupt- und Nebenfachstudiengänge in Österreich und der Schweiz durchgeführt: Zur Erfassung der Programmatik wurden Studienpläne, Websites und Flyer, zur Erfassung des Programms Lehrveranstaltungsverzeichnisse analysiert. Um Aussagen darüber zu treffen, was in einführenden Lehrveranstaltungen unterrichtet wird, griffen wir auf Lehrveranstaltungspläne und Syllabi zurück.

Im Folgenden wollen wir, ausgehend von der Rekonstruktion der Implementierungsgeschichte an den von uns untersuchten Universitätsstandorten in Österreich und der Schweiz, einige der Rahmenbedingungen für die Institutionalisierung von Studiengängen – wie finanzielle Rahmenbedingungen oder Aushandlungsprozesse – skizzieren und kritisch diskutieren. Als wichtige Hintergrundfolie für unsere Ausführungen fungiert dabei die Tatsache, dass zeitgleich mit der Implementierung der Studiengänge an den Universitäten einerseits die Bologna-Reform eingeführt wurde, womit nicht nur eine Neuorganisation des Studiensystems, sondern auch neue inhaltliche Schwerpunktsetzungen in den Curricula verbunden waren. War das alte System, insbesondere in den deutschsprachigen Ländern, geprägt vom Humboldt'schen Bildungsideal, in dem Allgemeinbildung, akademische Berufsbildung und Forschung im Vordergrund standen, ist der Ausbildungsauftrag der neu eingerichteten Bachelor- und Masterstudien häufig weniger akademisch als wirtschaftlich motiviert (Knobloch 2009). Damit verbunden ist insbesondere die Aufforderung, in den Studienplänen jene Kompetenzen explizit auszuweisen, die sich die Studierenden im Laufe ihres Studiums aneignen sollten, wobei vor allem arbeitsmarktrelevante bzw. anwendungsbezogene Kompetenzen an Bedeutung gewonnen haben (Hark 2013; Teichler 2013). Andererseits wurden die Universitäten in die Autonomie entlassen, womit vor allem Veränderungen hinsichtlich der Leitung, Verwaltung und Finanzierung der Universitäten sowie die Einführung neuer Steuerungsinstrumente (z.B. Zielvereinbarungen, leistungsorientierte Mittelzuweisungen) und New Public Management-Strategien einhergingen (Bösch 2004; Münch 2011). Wir haben es daher mit einer *reformierten Universität* zu tun, deren Umbau so grundlegend war, das mittlerweile von deren „globale[r] Neuerfindung“ (Hark 2013: 200) gesprochen werden kann.

Die neu eingerichteten Gender Studies-Studiengänge haben ihr inhaltliches und organisatorisches Profil also wesentlich im Kontext einer *unternehmerischen Hochschule* entwickelt, was eine Reihe von Widersprüchen zwischen dem Selbstverständnis bzw. Anspruch der Frauen- und Geschlechterforschung als gesellschafts- und wissenschaftskritische Wissenschaft und den neuen Anforderungen nach einer „ökonomischen Verwertbarkeit und Nützlichkeit“ wissenschaftlichen Wissens nach sich zieht. In einem Fazit werden wir uns daran anschließend der Frage widmen, auf welche Art und Weise es den Gender Studies-Studiengängen gelingen kann, sich innerhalb der *neuen Universität* zu positionieren bzw. sich innerhalb dieser Widersprüche zu bewegen.

2. Rahmenbedingungen für die Einrichtung von Gender Studies-Studiengängen

2.1 Innerfeministische Netzwerke: Brüche und Kontinuitäten

Für alle von uns untersuchten Standorte in Österreich und in der Schweiz können wir zeigen, dass sich im Zuge der Implementierung der Studiengänge in den 2000er Jahren ein informelles Netzwerk an Gender Studies-Akteur_innen unterschiedlicher universitärer Positionen herausbildete, das als lokale *Committed Community* deren Einrichtung forciert und getragen hat. Interessant und überraschend zugleich ist, dass wir immerhin an zwei der drei von uns untersuchten Standorten feststellen konnten, dass die Unterstützung der Implementierungsvorgänge durch etablierte Professor_innen aus dem Feld der Frauen- und Geschlechterforschung vorerst weitgehend fehlte, obwohl sich diese bereits in den 1970er bzw. 1980er Jahren – in der Phase des „Aufbruchs“ (Hagemann-White 1995) oder der „Aktivistinnen“ (Griffin 2002) – für eine institutionelle Stärkung der Frauen- und Geschlechterforschung an ihren Universitäten eingesetzt hatten. Zum einen lässt sich

das fehlende Engagement dieser Akteursgruppe aus wissenschaftspolitischen Motiven erklären – aus deren grundlegend kritischer Haltung allen Institutionalisierungsvorgängen gegenüber. Zum anderen bevorzugten diese Professor_innen weiterhin den Weg der Frauen- und Geschlechterforschung in die einzelnen Disziplinen, während die Initiatorinnen der Studiengänge – meist Akteur_innen aus dem Mittelbau oder/und aus dem Verwaltungsbereich – die Gender Studies als eigenständigen interdisziplinären Lehrbereich etablieren wollten. Die Zielvorstellungen der Initiatorinnen der Studiengänge und jene der etablierten Professor_innen weichen in beiden Fällen voneinander ab. An diesen Universitäten dominieren somit *Brüche und Uneinigkeiten* innerhalb der Gender-Community im Gegensatz zu *Kontinuitäten und Konsens* das nachgezeichnete Bild der Institutionalisierungsgeschichte der Frauen- und Geschlechterforschung. Es entsteht der Eindruck, mit der Einrichtung des Studiengangs einmal mehr von vorne beginnen zu müssen, weil die Vorarbeiten anerkannter Akteur_innen in eine andere Richtung gingen.

Implizit werden mit diesen innerfeministischen Kontroversen Fragen aufgerollt, die an den bis heute offenen Binnendiskurs über die Positionierung der Frauen- und Geschlechterforschung in und/oder zwischen den Disziplinen anschließen: Wie und von wem werden die Orte wissenschaftlicher Kompetenz bzw. einer „guten“ Ausbildung definiert? Sind es die angestammten Disziplinen oder die sich als inter-, trans- oder postdisziplinär verstehenden Gender Studies selbst, die sich über die Einrichtung eines Studiengangs als solche profilieren wollen?

Vergleicht man die von uns untersuchten Universitäten im Hinblick auf innerfeministische Netzwerke und Spaltungen miteinander, kann für jene Universitäten, an denen sich (a) Gender-Akteur_innen in anerkannten Positionen für die Einrichtung eines Studiengangs einsetzten und an denen (b) Einhelligkeit über strukturelle und inhaltliche Ziele innerhalb der Gender-Community besteht, eine relativ günstige Ausgangsposition im Vorfeld der Einrichtung des Studiengangs konstatiert werden. An Universitäten, an denen (a) eine Unterstützung durch Professor_innen aus dem Bereich der Frauen- und Geschlechterforschung fehlte, an denen (b) die Initiative der Einrichtung des Studiengangs von Personen auf wenig etablierten Stellen ausging und an denen (c) widerstreitende Positionen innerhalb der Gruppe der Geschlechterforscher_innen deutlich artikuliert wurden, wurde wesentlich häufiger von Hürden und Blockaden durch die Universitätsleitung berichtet, die es schwierig machten, die eigenen Anliegen und Zielvorstellungen über die Einrichtung eines Studiengangs durchzusetzen.

2.2 Gender Studies als Beitrag zur Profilbildung der Universitäten

Was veranlasste nun die Universitätsleitung dazu, die Einrichtung von Studiengängen zu unterstützen bzw. zu genehmigen? Den Kontext für diese – in jedem Fall wissenschaftspolitisch motivierte – Entscheidung bildete die bereits angesprochene Entwicklung der Universitäten zu *unternehmerischen Hochschulen* und der damit in Zusammenhang stehende „organisational turn“ (Riegraf/Weber 2013): Universitäten als strategieorientierte Akteurinnen (Meier 2009) müssen im Wettbewerb mit anderen Universitäten bestehen und sich am akademischen Markt profilieren. Wie Münch (2011) feststellt, kam es in den letzten Jahren im Vollzug des Wandels der Universitäten zu einer Transnationalisierung des akademischen Feldes; der Kampf um die besten Positionierungen der Universitäten nach Rang und Profil wurde verstärkt. Die Rektorate erkannten in dieser Phase der hochschulischen Umstrukturierung in den Gender Studies(-Studiengängen) einen Beitrag zur Profilbildung der Universitäten,

vor allem, wenn dies andere Universitäten bereits vorgezeigt hatten. So etwa traten Rektor_innen der Einrichtung von Studiengängen an unseren untersuchten Standorten dann besonders aufgeschlossen gegenüber, wenn sie bei ihren Auslandsaufenthalten an anderen Universitäten internationale Vorbilder identifizieren konnten. Deutlich tritt dabei auch der Ausweis der Gender Studies als interdisziplinärer Fachbereich hervor: So scheint gerade die Kombination „Gender und Interdisziplinarität“ eine gewisse Stärke für den Profilbildungsprozess – auch gegenüber anderen interdisziplinären Studiengängen – auszumachen, die die Unterstützung einer Implementierung des Studiengangs nicht nur bestärkte, sondern an der die Leitungsakteur_innen als Repräsentant_innen einer gewichtigen Bildungsinstitution gar nicht vorbeizukommen schienen, wie dies ein Vizerektor ausführte: „Das sind dann einfach auch Außenwirkungen, die auf eine Bildungsinstitution einfach einwirken. Ich meine, dass es der Universität [...] sehr, sehr gut ansteht, diesen Genderstudiengang zu haben, weil es eine neue Perspektive eröffnet“.

In diesem Zusammenhang kann nun zwar von einem *Zeitfenster* gesprochen werden, in dem die Hochschulleitung davon überzeugt war, dass Gender Studies zu einem modernen Bild der Universität beitragen. Da in den Interviews mit den Rektoren und Vizerektor_innen allerdings nicht deutlich wurde, worin genau nun der Beitrag der Gender Studies zur Profilbildung der Universitäten bestehen sollte, wirkten die Erzählungen über deren Bedeutung wie eine Leerformel: Mit der Etablierung der Gender Studies wurde die schlichte Erwartung verbunden, die Universitäten attraktiver zu machen. Dies wurde besonders an jenen Universitäten offensichtlich, an denen das Rektorat zunächst blockierend gegen die Einrichtung eines Studiengangs agierte: Der für die Gender Studies-Akteur_innen unerwartet eingetretene Umschwung der universitären Entscheidung von der Ablehnung zur Bewilligung des Curriculums ließ sich dann für sie nur aufgrund des verstärkten Drucks der Universität erklären, sich nach außen hin vermarkten zu müssen; der interdisziplinäre Studiengang wirkte so allerdings wie ein bloßes Etikett für sie, das sich die Universität anheftete, um im gesteigerten Wettbewerb um Standortvorteile mithalten zu können.

2.3 Fakultäre Widerstände

Neben der Universitätsleitung spielen Fakultäten eine wichtige Rolle für die Implementierung und die damit verbundenen Verhandlungen über die Ausstattung der Studiengänge. Nicht nur müssen Studiengänge aus organisationsrechtlichen Gründen an allen Universitäten an eine Fakultät bzw. einen Fachbereich angegliedert werden, auch sind es die Fakultäten, die ihre Lehrkapazitäten teilen sollen. Entscheidend ist also, auf welche Art und Weise die Initiator_innen der Studiengänge, vor allem aber die Universitätsleitungen, die Einrichtung eines Studiengangs in den Verhandlungsgesprächen mit den Fakultäten präsentieren, damit diese dem Vorhaben auch zustimmen: „Da kann man, wenn man Pech hat, vor einer Allianz, einer Ablehnungskalition dieser Fachbereiche und Fakultäten stehen“, wie dies ein befragter Gender Studies-Akteur auf den Punkt brachte.

Wenngleich zu unterschiedlichen zeitlichen Phasen, kann für alle Universitätsstandorte gezeigt werden, dass Widerstände gegen einen Studiengang besonders deutlich von den Fakultäten geäußert wurden. So etwa wurde in den Interviews darüber berichtet, dass es in den Fakultätssitzungen regelrechte Stör- und Sabotageversuche gegeben hat, um den Studiengang zu verhindern. Dass es in erster Linie keine Fragen der inhaltlichen Ausgestaltung der Studiengänge waren, die Unbehagen

und schlechte Stimmung gegen dieses Vorhaben verursachte, ist schnell klar. Vielmehr wurde antizipiert, durch die neuen Mitspieler_innen an Ressourcen zu verlieren. Daneben fürchten die Fakultäten zudem eine symbolische Störung ihrer Ordnung: Interfakultäre und interdisziplinäre Zusammenhänge entziehen sich gewissermaßen ihrem Kontroll- und Beobachtungssystem: „Etwas, das quer dazu liegt, und das sie nicht kontrollieren und steuern können und das ihrem eigenen Machtbereich entkommt, das macht sie [= Fakultäten] skeptisch“, so ein Gender Studies-Akteur. Fakultätsvertreter_innen bzw. Vertreter_innen von Fachbereichen agierten hier wie Lobbyist_innen für die Fakultät und werteten ab, was nicht eindeutig zuordenbar war. In diesem Kampf um symbolische und materielle Ressourcen scheint es somit nicht nur um institutionelle Differenzierungsprozesse zu gehen, sondern auch um epistemische Grenzziehungen zwischen Disziplinarität und Inter-/Transdisziplinarität als „das Neue, das Andere, etwa in Form eines *dritten Raums*, eines *Transraums*“ (Hark 2014: 196, Herv. i.O.), das Verunsicherung auslösen kann.

2.4 Zur Finanzierung der Studiengänge: Sondergelder und Kostenneutralität

Die Ausstattung der Gender Studies – die Finanzierung des Lehrangebots sowie die personellen Ressourcen – ist an den von uns untersuchten Standorten aber nicht nur von inneruniversitären Verteilungskämpfen, sondern auch von Sondergeldern und Anschubfinanzierungen geprägt. Ein wichtiger Impuls, um Frauen- und Geschlechterforschung in die Lehre an österreichischen Universitäten zu bringen, wurde durch die damalige Wissenschaftsministerin Hertha Firnberg gesetzt, die 1982 das ministerielle „Sonderkontingent Frauenforschung“ einführte. Seit den 1980er Jahren ermöglicht also eine speziell der Frauen- und Geschlechterforschung gewidmete Geldquelle des Wissenschaftsministeriums die Finanzierung von genderspezifischen Lehrangeboten an österreichischen Universitäten. Im Zuge der Autonomisierungsprozesse der Universitäten in den 1990er Jahren wurden universitätsinterne „Frauentöpfe“ als Äquivalent zum Sonderkontingent Frauenforschung eingerichtet, die bis heute eine wesentliche finanzielle Grundlage für genderspezifische Lehre und Gender Studies-Studiengänge darstellen (Bösch 2004: 14-19). Die Etablierung der Gender Studies an schweizerischen Universitäten wird seit 2004 außerdem durch das Kooperationsprojekt „Gender Studies Schweiz“ – einem Zusammenschluss von neun Universitäten⁵ – vorangetrieben, das durch Bundesgelder der Schweizer Universitätskonferenz (SUK) finanziert wird und sich den Aufbau eines abgestimmten gesamtschweizerischen Studienangebots in Gender Studies auf der Bachelor- und Masterebene zum Ziel gesetzt hat (Ballmer-Cao/Michel 2009: 39-42).

Eng mit dieser Art der Finanzierung verbunden ist die Bedingung der sogenannten „Kosten- bzw. Ressourcenneutralität“: Für die Universitäten sollten durch die Einrichtung von Studiengängen keinerlei Mehrkosten entstehen. Um dies praktisch umsetzen zu können, wird bei der Lehrplanung mit dem Prinzip der Mehrfachnutzung gearbeitet: Bei einem Großteil der Lehrveranstaltungen der Gender Studies-Studiengänge handelt es sich um Import- oder Exportlehre, d.h. die Lehrveranstaltungen werden entweder aus anderen Studiengängen importiert oder die Lehrveranstaltungen der Gender Studies-Studiengänge für Studierende anderer Fächer geöffnet, um Kosten einzusparen. Das Angebot an importierten Lehrveranstaltungen wurde in den Interviews allerdings als problematisch und unsicher dargestellt, da es von einzelnen Personen abhängig ist und

5 Bern, Basel, Fribourg, Genf, Lausanne, Luzern, Neuchâtel, St. Gallen und Zürich

die Lehre zu gewissen Themen nicht nachhaltig verankert werden kann.

Zwischen der Befürwortung des Studiengangs als Beitrag zur Profilierung der Universitäten und den dafür zur Verfügung gestellten Mitteln durch die Hochschulleitung scheint sich hier eine Diskrepanz aufzutun; die Gender Studies sind gezwungen, diesen Beitrag unter prekären Arbeitsbedingungen zu leisten. Sabine Hark (2005: 369) gab in diesem Zusammenhang bereits 2005 für die Gender Studies zu bedenken, dass „[e]ine immer größer und diverser werdende *workload* [...] von immer weniger Personal und unter Bedingungen knapper werdender Ressourcen bewältigt werden“ soll.

Hinsichtlich der Ressourcenausstattung konnten wir außerdem feststellen, dass die Gender Studies derzeit eine Plateauphase, eine „gläserne Decke“, erreicht haben. So schätzte beispielhaft eine der befragten Universitätsleitungen die Ressourcenausstattung der Gender Studies – insbesondere vor dem Hintergrund gesamtuniversitärer Sparmaßnahmen – als angemessen und ausreichend ein. Es wird an den von uns untersuchten Standorten eher an Restrukturierungen und Einsparungen als an einen Ausbau der Ressourcen oder eine institutionelle Verstetigung gedacht. Gender Studies scheinen vor diesem Hintergrund nach wie vor in einem Übergangstatus – einem provisorischen Zustand – zu verweilen.

3. Fazit: Wohin bewegen sich die Gender Studies also?

Wie wir gezeigt haben, eröffnete die Phase der Restrukturierung der Universitäten ein *Gelegenheitsfenster*, um neue, interdisziplinäre Studiengänge wie die Gender Studies einzurichten. Die Universitätsleitung versprach sich davon vor allem einen Wettbewerbsvorteil. Bereits bestehende Studiengänge an anderen Universitäten haben aber nicht nur für die Universitätsleitung, sondern auch für die Gender Studies-Akteur_innen selbst eine Art Dynamik erzeugt, die eine Institutionalisierung der Gender Studies über die Einrichtung eines Studiengangs geradezu als notwendig erscheinen ließ. So ergriffen auch sie diese Möglichkeit, um sich zu profilieren – entweder Studiengängen anderer Universitäten oder anderen Studiengängen innerhalb der eigenen Universität gegenüber.

Während zum Zeitpunkt der Einrichtung der Studiengänge vor allem eine Innovationsrhetorik dominierte, um die Studiengänge zu legitimieren, lassen sich mittlerweile zwei etwas anders gelagerte Momente der Legitimation identifizieren: An jenen Standorten, an denen die Vorgabe der Kosten- und Ressourcenneutralität eingehalten sowie eine ausreichende Anzahl an Absolvent_innen „produziert“ werden, sehen sich die Gender Studies zumeist keinem Legitimationsdruck ausgesetzt – die Gender Studies scheinen, an den Kriterien der *unternehmerischen Hochschule* gemessen, an diesen Hochschulen „erfolgreich“ zu sein. Auch die Gender Studies-Akteur_innen selbst greifen dabei nicht selten auf die neuen Anerkennungskriterien der *unternehmerischen Hochschule* wie Studierenden- oder Absolvent_innenzahlen zurück, um auf den Erfolg *ihres* Studiengangs hinzuweisen. Eine Legitimation über inhaltliche Argumente erübrigt sich damit weitgehend.

An jenen Standorten allerdings, an denen Sondergelder auslaufen oder gekürzt werden, konnten wir beobachten, dass latente Konflikte zwischen Universitätsleitung, Fakultäten und Gender Studies-Akteur_innen neu aktiviert werden und die wissenschaftliche wie gesellschaftliche „Nützlichkeit“ der Studiengänge oftmals angezweifelt wird. In den Interviews an diesen Standorten wurde deutlich, dass sich die Gender Studies derzeit mit einem Legitimationsdruck nicht nur gegenüber

traditionellen geisteswissenschaftlichen oder wirtschaftswissenschaftlichen Fächern, sondern auch gegenüber anderen interdisziplinären Studiengängen konfrontiert sehen. Diesen Studiengängen wohne aus Sicht der Universitätsleitung ein höheres „Alleinstellungsmerkmal“ – ein Wettbewerbsvorteil – für die Profilbildung der Universitäten inne. Obwohl das Nützlichkeitsargument vonseiten der Hochschulleitung hier – ähnlich wie die einstigen Vorstellungen über den Beitrag der Gender Studies zur Profilbildung – eine Leerformel bleibt, werden die Gender Studies-Akteur_innen damit unter einen inhaltlichen Legitimationsdruck gesetzt. Zu tatsächlichen inhaltlichen Auseinandersetzungen kommt es dabei allerdings nicht. So kann angenommen werden, dass sich unter dem Deckmantel des inhaltlichen Legitimationsdrucks die Anforderung der *unternehmerischen Hochschule* verbirgt, „gesellschaftlich nützliches“ Wissen zu produzieren und zu vermitteln.

Die fragilen materiellen Grundlagen, auf denen die Studiengänge beruhen, zeugen außerdem von einer mangelnden Anerkennung der Gender Studies durch die Universitätsleitung. Nicht selten wurde uns in diesem Zusammenhang von mühsamen und meist nicht zum Ziel führenden Aushandlungsgesprächen mit der Universitätsleitung, in denen entweder um zusätzliche personelle Ressourcen oder eine bessere Verankerung der Studiengänge im Organisationsplan gekämpft wurde, berichtet. So zeigt sich also, dass die reformerische Umstrukturierungsphase zwar ein *Zeitfenster* markierte, in dem die Hochschulleitung die Selbstbeschreibung der Gender Studies als „innovativ“ übernommen hatte, deutlich wird aber auch, dass diese Rhetorik noch wenig über die finanziellen und institutionellen Rahmenbedingungen aussagt, die die Universitäten auch faktisch bereit sind, für die Gender Studies zur Verfügung zu stellen. Mangelhafte Ressourcen und prekäre Organisationsbedingungen stellen die Akteur_innen dann vor institutionelle Hürden, die ihre Spuren in der personellen und organisatorischen, aber auch inhaltlichen Ausgestaltung der Studiengänge hinterlassen können. Die Einwilligung zur Einrichtung der Studiengänge durch die Hochschulleitung ist so gesehen nur noch ein Etikett, das sich die Universitäten anheften konnten, um im gesteigerten Wettbewerb um Standortvorteile mithalten zu können.

Seit den Anfängen der Implementierung der Studiengänge an den Universitäten scheint, so unser wenig optimistischer Befund, selbst die rhetorische Anerkennung für die Gender Studies abgenommen zu haben: Wurde in der Phase der Beschlussfassung über die Einrichtung der Studiengänge ihr Beitrag zur Profilbildung der Universitäten in den Vordergrund gerückt, scheint mittlerweile ihr Legitimationsdruck zugenommen und ihre finanzielle Ausstattung eine Plateauphase erreicht zu haben: Das beschriebene *Zeitfenster*, das die Einrichtung der Studiengänge noch vor wenigen Jahren ermöglichte, scheint sich derzeit geschlossen zu haben.

Literatur

- Ballmer-Cao, Thanh-Huyen/Michel, Christine (2009): Gleichstellungspolitik, Arbeitsmarkt, Wissenschaftsreformen: Gender Studies im gesellschaftspolitischen Kontext. In: Brigitte Liebig u.a. (Hrsg.): Gender Studies in Ausbildung und Arbeitswelt. Das Beispiel Schweiz. Zürich: Seismo, S. 27-43.
- Bösch, Jessica (2004): Frauen- und Geschlechterforschung in der neoliberalen Universität. In: Erna Appelt (Hrsg.): Karrierescheren. Geschlechterverhältnisse im österreichischen Wissenschaftsbetrieb. Wien: Lit-Verlag, S. 9-26.

- Hark, Sabine (2014): Transreflexionen. Transformation von Wissenschaft – intersektionaler Feminismus – transdisziplinärer Beziehungssinn. In: Gerlinde Malli, Susanne Sackl-Sharif (Hrsg.): Wider die Gleichheitsrhetorik. Soziologische Analysen – theoretische Interventionen. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 196-206.
- Hark, Sabine (2013): Widerstreitende Bewegungen. Geschlechterforschung in Zeiten hochschulischer Transformationsprozesse. In: Kristina Binner u.a. (Hrsg.). Die unternehmerische Hochschule aus der Perspektive der Geschlechterforschung. Zwischen Aufbruch und Beharrung. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 194-208.
- Hark, Sabine (2005): Dissidente Partizipation. Eine Diskursgeschichte des Feminismus. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Knobloch, Clemens (2009): Berufsfassaden – der BA als „berufsqualifizierender Abschluss“. In: Andrea Liesner, Ingrid Lohmann (Hrsg.) (2009): Bachelor Bologna. Erfahrungen mit der neuen Studienstruktur. Opladen/Famington Hills: Barbara Budrich, S. 95-110.
- Meier, Frank (2009): Die Universität als Akteur. Zum institutionellen Wandel der Hochschulorganisationen. Wiesbaden: VS Research.
- Münch, Richard (2011): Akademischer Kapitalismus. Über die politische Ökonomie der Hochschulreform. Berlin: Suhrkamp.
- Riegraf, Birgit/Weber, Lena (2013): Exzellenz und Geschlecht in der unternehmerischen Hochschule. In: Kristina Binner u.a. (Hrsg.): Die unternehmerische Hochschule aus der Perspektive der Geschlechterforschung. Zwischen Aufbruch und Beharrung. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 67-85.
- Teichler, Ulrich (2013): Hochschule und Arbeitswelt. Theoretische Überlegungen, politische Diskurse und empirische Befunde. In: Gudrun Hessler, Mechthild Oechsle, Ingrid Scharlau (Hrsg.) (2013): Studium und Beruf: Studienstrategien – Praxiskonzepte – Professionsverständnis: Perspektiven von Studierenden und Lehrenden nach der Bologna-Reform. Bielefeld: Transcript, S. 21-38.

Gerlinde Malli

Institut für Soziologie
Geschlechtersoziologie & Gender Studies
Universität Graz
gerlinde.malli@uni-graz.at

Susanne Sackl-Sharif

Institut für Soziologie
Geschlechtersoziologie & Gender Studies
Universität Graz
susanne.sackl@gmx.net